

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Peter Struck MdB spricht sich für die Beibehaltung der Kinderkommission aus.

Seite 1

Egon Bahr würdigt Günter Gaus anlässlich seines 65. Geburtstag.

Seite 2

Egon Lutz wendet sich gegen den inflationären Gebrauch des Konjunktives.

Seite 2

Dokumentation

Hans Eichel fordert anlässlich der Eröffnung der Europawoche ein Europa der Bürger.

Seite 3

49. Jahrgang / 222

22. November 1994

Kinder brauchen mehr denn je eine Lobby Für eine Beibehaltung der Kinderkommission des Bundestages

Von Dr. Peter Struck MdB
Erster Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Mehr denn je brauchen Kinder in Deutschland eine Lobby. Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet daher, daß es auch in der neuen Legislaturperiode eine Kinderkommission des Deutschen Bundestages geben wird.

Der von der Kinderkommission zum Ende der 12. Legislaturperiode vorgelegte abschließende Tätigkeitsbericht zeigt, daß es notwendig ist, ihre Arbeit fortzusetzen. Deutschland ist weit davon entfernt, ein kinderfreundliches Land zu sein.

Weit über eine Million Kinder müssen von Sozialhilfe leben, 1,7 Millionen Kinder leben in Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, 500.000 Kinder hausen in Obdachlosenwohnungen oder schlechtesten Wohnverhältnissen; fast 50.000 Kinder leben auf der Straße. Umweltbedingte Erkrankungen nehmen vor allem bei Kindern zu, auch Kinder sind gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt.

Die Belange von Kindern gehören ins Zentrum der Politik. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages war mehr als eine Kommission. Über Fraktionsgrenzen hinweg war sie eine Lobby für Kinder, Partner und Förderer der Verbände, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Interessen von Kindern engagieren. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, auch in der 13. Legislaturperiode eine Kinderkommission einzusetzen.

(-/22. November 1994/jr/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Proks DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Freiwilliger Qualitäts-
mitbestimmter Redaktions-
Beirat Bonn



Neuland betreten

Zum 65. Geburtstag von Günter Gaus

Von Egon Bahr

Willy Brandt hätte wahrscheinlich gesagt: Erstaunlich, daß auch Kinder älter werden! Erstaunlich jedenfalls, daß Günter Gaus die Altersgrenze erreicht hat, in der Beamte in den Ruhestand treten.

Ich bekenne mich schuldig, ihn gedrängt und überredet zu haben, der erste Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik zu werden. Mit der Bezeichnung "Vertreter" verbindet sich ja üblicherweise die Vorstellung von einem Handelsmann mit Kofferchen und nicht die einer stülbildenden Premiere für das komplizierte, empfindliche Verhältnis der beiden deutschen Staaten, das normal nie werden konnte, so erstrebenswert auch eine möglichst große Normalität war.

Auch insofern hat Günter Gaus Neuland betreten, als er in der DDR einen Teil Deutschlands entdeckte, und man kann wohl ohne Übertreibung sagen lieben lernte, der ihm bis dahin genauso fremd war wie den meisten Westdeutschen. Aus einem bundesrepublikanischen Saulus wurde ein gesamtdeutscher Paulus, ein Entdecker der Nische ebenso wie der Provokateur, der fand: Wer über deutsche Einheit nachdenkt, muß darüber nachdenken, wie Deutschland mit seinen Kommunisten lebt. Als er das sagte, hat kaum jemand, Gaus eingeschlossen, geglaubt, die deutsche Einheit noch zu erleben; keine Phantasie war ausschweifend genug, um die spätere Wirklichkeit zu ahnen, aber das von Gaus benannte Problem ist eingetreten, wenn auch in der unvorhergesehenen Form der drei Buchstaben PDS.

Er entdeckte seine Leidenschaft zum Verhandeln und wurde unbequemer Anwalt der Ostdeutschen in Bonn, wobei ihm die Machthaber der DDR die unentbehrlichen und deshalb von ihm gepflegten Mittler zu den Menschen wurden. Viele verdanken ihm vieles. Die Hannoversche Straße wurde zu einem Treffpunkt, in der man Machthabern wie ihren Gegnern begegnen konnte. Christa Wolf habe ich da kennengelernt und für mich als kritische Verbündete gefunden.

Was Günter Gaus völlig fehlt, sind Minderwertigkeitskomplexe; auch damit hat er sich nicht nur Freunde gemacht, zumal er mit brillanter Intelligenz gern auch dort brillierte, wo andere ihm mindestens insoweit unterlegen waren.

Was nach 1972, als er sein Amt antrat, gefragt war, was notwendig war als Anpassung, Wandel, Überleitung, wie wir heute wissen, war 1989 nicht mehr gefragt. Die Mahnung, die Vergangenheit nicht unter den Teppich zu kehren und vergessen zu wollen, wird berechtigt nicht nur von den Bürgerrechtlern erhoben, sondern auch von denen, die ihnen die Voraussetzungen schufen, damit sie sich als Bürgerrechtler entfalten konnten. Der Dank, den sich Günter Gaus für das verdient hat, was er für unser Volk geleistet hat, verbindet sich mit dem Wunsch, daß er nicht in einer Nische verschwindet.

(-/22. November 1994/jr/ks)

Aufruf zum Meuchelmord am Konjunktiv Aus dem Bestiarium der politischen Sprache (VIII)

Von Egon Lutz

Niemand würde dem Konjunktiv (die Möglichkeitsform in der Grammatik) meucheln wollen, wenn er nicht so absolut die deutsche Sprache beherrschte. So aber sollten wir uns zusammenrotten, einen Spengsatz zünden und beten, damit er durch unsere Aktion atomisiert werde und kein weiteres Unheil anrichten kann. Dieser Satz - es wird leider nicht weiter auffallen -

strotzt von Konjunktiven und den Optativ (das ist die Wunschform) haben wir gleich mit zu erledigen versucht.

Normalerweise ist unsereins kein Terrorist, beim Kampf gegen den Konjunktiv kann man einer werden. Ein Terrorist und Meuchelmörder zugleich. Genau genommen, hat ja der Konjunktiv seine Berechtigung - nur daß er wie ein Krebsgeschwür unsere Sprache überwuchert, hat Aggressionen freigesetzt, die befriedigt werden müssen.

Daran ist der Konjunktiv nicht schuld. Da er aber existiert, milliardenmal mißbraucht wird, muß er gemeuchelt werden. Damit nie wieder ein Politiker - oder ein Verbandspräsident - sagen kann: "Mit allem Respekt vor unseren Zuhörern würde ich doch einwenden wollen....", oder: "So direkt gefragt, würde ich meinen....", und: "Wir verlören eine Option, wenn wir so entschieden". Letzteres waren zwei starke Konjunktive und gleichzeitig sprachlicher Dünnschiß.

Verstehen Sie jetzt, warum wir den Konjunktiv atomisieren wollen? Er gebiert täglich Redewendungen, wie: "Ich würde meinen", oder: "so direkt gefragt, möchte ich sagen", und in seiner miesesten Form die Feststellung: "Könnten wir handeln, wie wir wollten, wir wüßten schon, was zu verändern wäre". Das ist fast schon wieder der Optativ, aber er ist genauso bescheuert.

In allen vorgenannten Fällen hat sich der Redende oder Schreibende vorsichtig von seiner Aussage distanziert. Er könnte, müßte, würde nur - aber er tut's nicht. Man sollte, dürfte, möchte - und überläßt es dem geneigten Publikum, ob es daraus die richtigen Schlüsse zieht. Der Konjunktiv ist der permanente Vorwand, andere entscheiden zu lassen. Und die Rückversicherung, wenn sich die Lage anders darstellt als zu dem Zeitpunkt, an dem gefragt wurde.

Der Konjunktiv ist - anders als der Optativ - schwer umzubringen. Mittlerweile ist er die Schutzzone der Journalisten, die berichten müssen, aber nicht wissen, ob das, was sie da in ihre Computer füttern, auch korrekt ist. Ergo werden sie formulieren: "Der Minister meinte, die Aufregung würde sich legen, wenn erst einmal die Fakten auf den Tisch kämen". iiii - der Konjunktiv erleichtert das Geschäft.

Verstehen Sie jetzt, warum wir den Konjunktiv meucheln wollen? Er ist die Krücke für alle, die das, was sie sagen und berichten, eigentlich gar nicht selbst verantworten wollen. Der Martin Luther war da sehr viel unvorsichtiger. Er kam fast ohne Konjunktive aus und wurde dennoch nicht verbrannt. Der Mann hatte Courage.

(-/22. November 1994/jr/ks)

DOKUMENTATION

Für ein Europa der Bürger

Rede des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel anläßlich der Eröffnung der Europawoche am 21. November 1994

Vor einem Jahr hat Francois Mitterrand den Mangel an europäischem Selbstbewußtsein kritisiert. "Mit dem Minderwertigkeitskomplex der Europäer muß aufgeräumt werden", hat er erklärt. Und weiter hat er gesagt: "Ich denke, es gibt eine falsche Angst vor der Zukunft und eine falsche Nostalgie der Vergangenheit." Francois Mitterrand hat dies vor einem Jahr in Straßburg während des Europatages der Gemeinden und Regionen geäußert. Er hat zweifellos recht. Die Geschichte der europäischen Integration ist eine Erfolgsstory. Europa hat in den vergangenen 50 Jahren einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens geleistet, Europa hat den meisten seiner Bürgerinnen und Bürger zu einem in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Wohlstand verholfen.

Diese unvergleichlich guten Erfahrungen verbieten eine grundsätzliche Kritik an der europäischen Integration. Auf unserem Kontinent haben sich die Nationalstaaten überlebt. Die Zukunft

gehört den vereinigten Staaten von Europa. Francois Mitterrand hat in Straßburg dann auch folgerichtig gesagt: "Unsere Völker leiden an einem Mangel an Europa. Ich formuliere daher den Wunsch nach einer stärkeren Gemeinschaft, einer starken europäischen Union."

Francois Mitterrand kann die Urheberchaft für das Wort vom sozialen Raum Europa reklamieren. Damit ist gemeint, daß Europa die Nähe der Bürgerinnen und Bürger suchen muß, davon hat der französische Staatspräsident bereits 1981 gesprochen. Konkret heißt das, daß die Zukunft einem föderal strukturierten Europa gehört. Unser Kontinent ist von außerordentlicher kultureller Vielfalt geprägt. Diese über Jahrtausende hinweg entstandene Vielfalt macht die Stärke Europas aus. Es kommt darauf an, die jeweiligen Besonderheiten unter dem gemeinsamen Dach Europa zu bewahren.

Die europäische Integration darf sich nicht mehr allein auf der Ebene der nationalen Regierungen abspielen. Die Regionen müssen künftig ihr Gewicht weit stärker in die Waagschale werfen als bisher. Wie erfolgreich föderal strukturierte Staaten handeln können, zeigen, wenn wir einmal von Deutschland absehen, die Beispiele der Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz, also eines sehr großen und eines sehr kleinen, dabei aber gleich viersprachigen Landes.

Doch die Europäische Union ist von einem wirklichen Föderalismus noch weit entfernt. Der Ausschuß der Regionen, der im Maastrichter Vertrag auf deutsches Betreiben, insbesondere auf Betreiben der Länder vorgesehen ist und der leider bisher nur beratende Funktionen hat, reicht uns bei weitem nicht aus. Dies kann lediglich der erste Schritt zu einer vernünftigen föderalen Ordnung sein. Hessen wird dieses Ziel weiter nachdrücklich verfolgen, und ich bin zuversichtlich, daß wir es in einem überschaubaren Zeitraum auch erreichen können. Ich teile jedenfalls nicht die Auffassung derjenigen, die glauben, daß die Erweiterung der Europäischen Union dazu führt, daß der europäische Bundesstaat noch eine weitere Generation auf sich warten lassen wird.

Föderalismus bedeutet auch eine Stärkung der Demokratie, eine Stärkung der Beteiligung der Menschen an den politischen Entscheidungen. Die Regionen brauchen also demokratisch legitimierte und mit politischer Kompetenz ausgestattete Selbstverwaltungen - in den deutschen Bundesländern ist dies verwirklicht, und ich stelle fest, daß viele zentralistisch organisierte Staaten in Europa den Weg der Dezentralisierung inzwischen beschreiten. Ich möchte jedoch betonen, daß Föderalismus nichts mit Separatismus zu tun hat, nichts mit einem engstirnigen, auf Abgrenzung bedachten, fremdenfeindlichen Regionalismus. Föderalismus hat auch nichts damit zu tun, daß sich die Zentralinstanz aus der Verantwortung stiehlt. Es geht nicht um eine unsolidarische Entkoppelungspolitik, die jede Region auf sich allein stellt. Föderalismus bedeutet etwas anderes: Er bedeutet eine Aufgabenteilung, ein sinnvolles Zusammenspiel, bei dem die höhere Ebene, die größere Einheit, nur das übernimmt, was die kleinere Einheit nicht mehr ausreichend gut erledigen kann.

Das ist der Grundgedanke der Subsidiarität. Die politische Revolution, die 1989 in Osteuropa stattgefunden hat, hat uns alle vor neue, große Herausforderungen gestellt. Diese neuen Aufgaben gesellen sich zu den alten, nämlich dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme und der Herstellung sozialer Gerechtigkeit. All diese Aufgaben können wir nur gemeinsam lösen, und wir können sie nur dann lösen, wenn wir die Mehrheit der Menschen davon überzeugen, daß der einzige Weg zum Erfolg über ein geeintes Europa führt. Nur so wird Wirklichkeit, was Francois Mitterrand in Straßburg so ausgedrückt hat: "Wenn wir die Europäische Union aufbauen, ein erweitertes Europa, ein strukturiertes und nicht nur ersonnenes Europa, ein Europa der Bürger, in dem jeder seinen Hoffnungen unterbringen kann, nur dann haben wir das Problem endgültig gelöst."

Ich bin zuversichtlich, daß die Europawoche, die am 21. November begann, den Menschen in Hessen und den anderen Bundesländern den Europagedanken näher bringt.

(-/22. November 1994/jr/ks)
